



## **Erhalt des Bildungszeitgesetzes in Baden-Württemberg!**

### **Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Schwäbisch Hall**

Seit Jahren wird der drohende Fachkräftemangel gerade auch von der Industrie in Baden-Württemberg als Schreckensszenario herauf beschworen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden unter dem Stichwort „lebenslanges Lernen“ aufgefordert, sich immer wieder weiterzubilden und sich damit auf die Anforderungen der zukünftigen Arbeitswelt einzustellen. („Fachkräfteland“ – Koalitionsvertrag Grüne – CDU 2016)

Es wird zu Recht beklagt, dass rechtsradikale, antidemokratische und rassistische Einstellungen zunehmen. *„... Wir leben in rauen Zeiten: Oft ist nicht mehr erkennbar, was wahr ist und was falsch. Vor allem in den sozialen Netzwerken wird fast grenzenlos gelogen, beschimpft, verletzt... Das fällt umso leichter, als Emotionen für die Meinungsbilder oftmals entscheidender geworden sind als Fakten...“* (ehemaliger Bundespräsident Gauck, 18.01.2017)

Es wird zu Recht gefordert, dass wir uns für unsere Demokratie engagieren.

*(„Verteidigen wir stattdessen die Demokratie als eine Macht, die sich dem Argument anvertraut und sich von ihm leiten lässt.“)* (ebd.)

Das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg hat endlich einen gesetzlichen Rahmen geschaffen mit dem Arbeitgeber Weiterbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern fördern können, die ihnen selbst als nützlich für den Betrieb erscheinen.

Das Bildungszeitgesetz hat dazu beigetragen, dass viele Beschäftigte erstmals die Möglichkeit hatten an Schulungen zur Politischen Bildung teilzunehmen.

Politische Bildung schafft die Grundlage dazu, dass sich die Einzelnen bei politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen einbringen, sie stärkt die grundlegenden Werte einer demokratischen und sozialen Gesellschaft. – Und sie trägt einen wichtigen Teil zur Umsetzung des Koalitionsvertrages bei. Wie anders sollten z.B. „Mit Herz und Hand – In Europa und der Welt und bei der Integration“ (Seite 118 ff. Koalitionsvertrag Bündnis 90-Die Grünen und CDU Ba-Wü) wohl Mehrheiten in der Bevölkerung finden angesichts zunehmendem Rechtspopulismus.

Das Bildungszeitgesetz hat für die IG Metall Schwäbisch Hall, trotz Widrigkeiten wie ungerechtfertigte Ablehnung des Anspruchs durch Arbeitgeber, schon nach kurzer Zeit Erfolge gezeigt.

Wir konnten viele Beschäftigte schulen und unseren Teil zur *„... Verteidigung der Demokratie...“* durch politische Bildung beitragen.

Politische Bildung und allgemeine Bildung für das Ehrenamt soll nach Meinung einiger Regierungsmitglieder wieder zum „Privatvergnügen“ des Einzelnen werden.

Ehrenamtliche sollen wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgaben übernehmen („Vereine helfen bei der Integration“ Seite 129 im Koalitionsvertrag), die dafür notwendige Bildung wird auch bei ihnen in Frage gestellt.

Auf der einen Seite den Verfall demokratischer Sitten beklagen, auf der anderen Seite politische Bildung abschaffen?

Auf der einen Seite, den britischen Arbeitern bescheinigen, dass sie angeblich nicht begriffen haben, was der Brexit für sie bedeutet, auf der anderen Seite verhindern, dass durch politische Bildung auch bessere Kenntnisse über die Funktionsweise unserer Wirtschaft vermittelt werden?

Auf der einen Seite das „Land der Zivilgesellschaft“ loben (Unverzichtbar, beispielhaft und wirkungsvoll: Die Arbeit der Ehrenamtlichen, Seite 129), auf der anderen Seite den Feuerwehrleuten, Sanitätern, Landfrauen, Sportlern, Gewerkschaftern, Flüchtlingshelfern und vielen anderen notwendige Bildung wieder erschweren?

Bildung ist eben nicht auf einen Kostenfaktor in der Bilanz zu reduzieren.

Bildung macht unsere Demokratie stark, unsere Arbeit produktiv und unsere Gesellschaft zukunftsfähig. Bildung schafft Chancen. Für jeden Einzelnen. Für alle.

**Wir fordern: Finger weg vom Bildungszeitgesetz. 5 bezahlte Tage im Jahr für allgemeine, politische und berufliche Bildung müssen bleiben!**

**Schwäbisch Hall, den 29. Juni 2017**